

Eingemauert - Überlegungen zur Migration

Gerd Eisenbeiß, 9. November 2023

Schon vor langer Zeit entstand bei mir das Gefühl, wir hätten uns in Systeme eingemauert, die die Handlungsmöglichkeiten viel zu stark einschränken. Ich fasste das damals in dem Satz zusammen, dass die Bundesrepublik Deutschland in ihrer materiellen Existenz nicht genehmigungsfähig wäre, weil all die aus guten Gründen der Gerechtigkeit und des Umweltschutzes geschaffenen Gesetze schon lange nicht mehr widerspruchsfrei seien, also nicht befolgt werden könnten. Das Scheitern des klimapolitisch zwingenden Heizungsgesetzes in seiner radikalen Erstversion zeigt dieses Dilemma überdeutlich - in diesem Fall zwischen ökologischen und sozialpolitischen Zielen: **wir haben einfach zu viele Ziele auf zu ehrgeizige Weise verrechtlicht.**

Nach den Migrationsbeschlüssen der Ministerpräsidenten und des Kanzlers sehe ich dieselbe Situation: wir haben einen gültigen Gesetzesrahmen voller humanitär positiv zu beurteilender Regelungen, die uns schon allein nach dem EU-Flüchtlingsrecht zwingt, jedem Menschen dieser Erde das **Recht zuzuerkennen, in der EU leben zu dürfen, wenn er es nur irgendwie schafft, seine Füße auf EU-Territorium zu setzen.** Denn - das ist der Knackpunkt - es ist gerichtlich mehrfach festgestellt worden, dass ein „pushback“, d.h. ein Zurückweisen an der Unionsgrenze verboten ist.

Wer das also schafft, kann einen Asylantrag stellen und über alle Instanzen rechtlich prüfen lassen. Scheitert dieser Antrag nach einiger Zeit, so hat der Migrant viele Möglichkeiten, trotzdem in der Union bleiben zu dürfen: sein Herkunftsland könnte ihn mit schweren Nachteilen bis hin zum Tod bedrohen, es könnte durch Kriegschaos unzumutbar sein, es könnte von ihm verheimlicht werden und es könnte schließlich unwillig sein, einer Rücksendung zuzustimmen; außerdem könnte der Flüchtling sich in der Zwischenzeit verheiraten, vielleicht sogar Vater oder Mutter werden, oder er könnte einfach untertauchen, also unauffindbar sein¹.

Hat der Flüchtling also das Unionsterritorium erreicht, ist die statistische Wahrscheinlichkeit, nicht bleiben zu können, denkbar gering. Wo er bleiben will, wird in der Regel ebenfalls nur er bestimmen: die meisten Migranten wollen zu Verwandten oder Bekannten aus dem gleichen Kulturkreis. Die früheren

¹ Das Modell „Asylprüfung in Ruanda“ ist schon deshalb unbrauchbar, weil auch dort abgelehnte Migranten aus den gleichen Gründen nicht abgeschoben werden können - und im sehr dicht besiedelten kleinen Ruanda (13,5 Mio. Einwohner, 540 Einw./km²) können sie auch nicht bleiben!

Kolonialmächte wissen, dass in Belgien i.W. Kongolesen ankommen, in Frankreich und Großbritannien Menschen aus Ex-Kolonien Afrikas und Indien/Pakistan.

Da die Hoffnung auf eine Arbeitsstelle und ein ausreichendes Einkommen ebenfalls Einfluss auf die Wahl des Migrationsziels hat, ist Deutschland auch ohne Ex-Kolonien ein besonders attraktives Ziel; dazu trägt sicher auch bei, dass es den Migranten und Schleppern natürlich bekannt ist, dass das deutsche Recht ein relativ hohes Existenzminimum definiert, das auch den Migranten nur kurze Zeit vorenthalten werden darf - „kurze Zeit“ bedeutet nach den aktuellen Beschlüssen künftig 36 Monate statt bisher 18, 48 Monate wurden bereits vom Bundesverfassungsgericht als rechtswidrig verboten.

Es steht also zu erwarten, dass sich die Situation nicht in Richtung „weniger Migration“ ändern, sondern auf Grund zunehmender Migrationsgründe (Kriege, Dürren, Übervölkerung, Arbeitslosigkeit) zu Lasten der EU und Deutschlands verschlechtern wird.

Unsere rechtlich so verfestigte Humanität gegenüber den Migranten wird uns weiter wehrlos lassen gegen ihren Zustrom. Dies wird erst enden, wenn die Menschen Parteien wie AFD, BSW, Vox, Fratelli, Rassemblement National etc. in der Mehrheit der Unionsstaaten in die Regierung wählen. Denn es ist die unausrottbare Xenophobie der Menschen, die da wirkt. Und wer wird sich schon freuen, wenn es in der EU und Deutschland noch mehr Mitbewohner gibt, die jihadistische Morde an Juden und anderen bejubeln?

Die zu erwartenden Parlamentsmehrheiten und Regierungen werden dann unter Bruch des humanitären Völkerrechts jene Regeln abschaffen, die eine praktische Undurchdringlichkeit der EU-Außengrenzen verhindern, was nur mittels Gewaltmaßnahmen realisierbar wäre. Ob sie sich von Gerichten stoppen lassen werden?

All dies ist in höchstem Maße dramatisch und tragisch. Jeder, der die Situation so sieht wie hier analysiert, wird unter dem Ergebnis leiden wie ich, der ich eigentlich weder die Humanität verraten will noch die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.